

**Antrag 65/I/2026**

**Abt. 08/13 Buckow**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**

**erledigt durch 57/I/2026 (Konsens)**

**Stärkung des Völkerrechts als Leitprinzip sozialdemokratischer Außenpolitik**

- 1 1. Konsequente Orientierung am Völkerrecht Die Bun-  
2 desregierung wird aufgefordert, ihr außen- und si-  
3 cherheitspolitisches Handeln konsequent an den  
4 Prinzipien des Völkerrechts auszurichten und dieses  
5 als verbindlichen Maßstab politischer Entscheidun-  
6 gen zu stärken.
- 7 2. Universelle Anwendung völkerrechtlicher Normen  
8 Die Bundesregierung soll sich auf europäischer und  
9 internationaler Ebene dafür einsetzen, dass völker-  
10 rechtliche Normen universell angewandt werden  
11 und keine selektive Auslegung oder Anwendung er-  
12 folgt.
- 13 3. Stärkung multilateraler Institutionen Internationa-  
14 le Institutionen, insbesondere die Vereinten Natio-  
15 nen sowie internationale Gerichte und Organisatio-  
16 nen, sind in ihrer Rolle zur Sicherung und Durchset-  
17 zung des Völkerrechts aktiv zu stärken.
- 18 4. Förderung des humanitären Völkerrechts Deutsch-  
19 land soll sich verstärkt für die Einhaltung und Wei-  
20 terentwicklung des humanitären Völkerrechts ein-  
21 setzen, insbesondere für den Schutz der Zivilbevöl-  
22 kerung in bewaffneten Konflikten.
- 23 5. Rechtsstaatliche Klärung von Völkerrechtsfragen Bei  
24 strittigen völkerrechtlichen Fragen ist auf transpa-  
25 rente, rechtlich fundierte Bewertungen und – wo  
26 möglich – auf internationale gerichtliche Klärung  
27 hinzuwirken.
- 28 6. Stärkung der völkerrechtlichen Kompetenz und öf-  
29 fentlichen Debatte Die Bundesregierung sowie die  
30 SPD auf allen Ebenen sollen die Bedeutung des Völ-  
31 kerrechts stärker in den öffentlichen Diskurs ein-  
32 bringen und zur Förderung eines breiten Verständ-  
33 nisses für dessen Rolle beitragen.

34  
35

**Begründung**

37 Die SPD bekräftigt ihre Verpflichtung zu einer internatio-  
38 nalen Ordnung, die auf dem Völkerrecht und insbesonde-  
39 re auf der Charta der Vereinten Nationen beruht.

40 Die Achtung, Durchsetzung und Weiterentwicklung des  
41 Völkerrechts bilden eine zentrale Leitlinie sozialdemo-  
42 kratischer Außen- und Sicherheitspolitik. Maßstab politi-  
43 schen Handelns muss die universelle Geltung völkerrecht-  
44 licher Normen sein – unabhängig von politischen, wirt-  
45 schaftlichen oder sicherheitspolitischen Interessenlagen.

46

47 Das Völkerrecht bildet das Fundament einer friedlichen

48 und stabilen internationalen Ordnung. Seine Glaubwür-  
49 digkeit hängt maßgeblich davon ab, dass es universell an-  
50 gewendet und nicht selektiv interpretiert wird.  
51 Gerade in Zeiten zunehmender geopolitischer Spannun-  
52 gen und wachsender globaler Unsicherheiten ist es von  
53 zentraler Bedeutung, dass Deutschland und Europa als  
54 verlässliche Akteure für die Einhaltung und Weiterent-  
55 wicklung des Völkerrechts eintreten.  
56 Für die SPD ergibt sich daraus eine besondere Verantwor-  
57 tung: Als traditionsreiche Regierungspartei steht sie für  
58 eine Außenpolitik, die sich an Recht, Kooperation und mul-  
59 tilateralen Strukturen orientiert. Die konsequente Stär-  
60 kung des Völkerrechts ist daher nicht nur ein rechtli-  
61 ches Gebot, sondern auch Ausdruck sozialdemokratischer  
62 Grundwerte von Gerechtigkeit, Frieden und internationa-  
63 ler Solidarität.